



EP-Agrarausschuss: Milchsektor braucht stärkere Absicherung

EP-Agrarausschuss: Milchsektor braucht stärkere Absicherung
EU-Parlamentarier teilen Forderungen des Deutschen Bauernverbandes
Auch bei langfristig positiven Aussichten für den Milchmarkt benötigen die europäischen Milchbauern eine Mindestabsicherung gegen Marktkrisen im Sinne eines Sicherheitsnetzes. Dies gilt besonders für die Milchbauern in benachteiligten oder abgelegenen Regionen. Auf ihrer jüngsten Sitzung teilten die Abgeordneten des Agrarausschusses des Europäischen Parlamentes mit diesen zentralen Forderungen die Einschätzung des Deutschen Bauernverbandes (DBV). "Der Bericht, der voraussichtlich im Juli 2015 vom Plenum des Europaparlaments verabschiedet wird, sendet ein wichtiges Signal für die künftigen politischen Rahmenbedingungen eines auf Wettbewerbsfähigkeit und Wertschöpfung ausgerichteten Milchsektors", erläuterte DBV-Generalsekretär Bernhard Krüsken.
"Begrüßenswert ist die Forderung, die Superabgabe des abgelaufenen und letzten Milchquotenjahres so einzusetzen, dass die europäischen Milchbauern davon einen Nutzen haben", forderte Krüsken. Das Europäische Parlament müsse dies gegenüber der EU-Kommission und dem EU-Ministerrat in den laufenden Verhandlungen für das Haushaltsjahr 2016 durchsetzen. Die aktuelle Debatte um eine Erhöhung des Interventionspreises sei gerechtfertigt, erklärte Krüsken. Auch die EU-Abgeordneten hätten hierzu festgehalten, dass das derzeitige Niveau des Interventionspreises für Butter und Magermilchpulver nicht mehr den aktuellen Entwicklungen der Produktionskosten entspricht.
Der DBV erwartet, dass das Europaparlament auch eine einheitliche Position zur künftigen Milchmarktpolitik beschließen wird. Das Ende der Milchquote wurde vom Agrarausschuss klar begrüßt, ebenso deutlich die Etablierung eines "Marktverantwortungsprogramms" abgelehnt. Dennoch fanden einzelne Vorschläge eine knappe Mehrheit im Ausschuss, die den staatlichen Eingriff in Produktionsentscheidungen der Landwirte befürworten.
Der Agrarausschuss hat auch zusätzliche Finanzmittel eingefordert, um der zunehmenden Marktmacht des Lebensmitteleinzelhandels begegnen zu können. Die EU-Kommission wird von den Parlamentariern aufgefordert, verstärkt einzugreifen und zum Beispiel Erzeugerorganisationen zu stärken. Weiterhin sei die europaweite Umsetzung des vereinbarten Milchpaketes, mit dem das Gewicht der Landwirte und ihrer Organisationen gestärkt werden sollen, nur unzureichend. Außerdem wird die EU-Kommission vom Agrarausschuss dazu aufgefordert, unfaire Handelspraktiken in der Lebensmittelkette durch Ausarbeitung eines verpflichtenden Verhaltenskodex anzugehen.
Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)
Claire-Waldorff-Straße 7
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: 030/31904-407
Telefax: 030/ 31904-431
Mail: presse@bauernverband.net
URL: <http://www.bauernverband.de>

Pressekontakt

Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)

10117 Berlin

bauernverband.de
presse@bauernverband.net

Firmenkontakt

Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)

10117 Berlin

bauernverband.de
presse@bauernverband.net

Der Deutsche Bauernverband ist der landwirtschaftliche Spitzenverband in Deutschland. Seine Mitglieder sind die Landesbauernverbände und führende Organisationen der Land- und Forstwirtschaft sowie ihr nahe stehende Wirtschaftszweige. Über die 18 Landesbauernverbände und ihre Kreisverbände ist der Deutsche Bauernverband im gesamten Bundesgebiet für alle Mitglieder vor Ort mit Beratungs- und Geschäftstellen präsent. Der Organisationsgrad der Bauern in ihrer Interessenvertretung ist sehr hoch: über 90 Prozent aller rund 400.000 landwirtschaftlichen Betriebe sind auf freiwilliger Basis Mitglied im Deutschen Bauernverband. Deshalb kann der Deutsche Bauernverband für sich in Anspruch nehmen, die Stimme aller landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland zu sein, gleich welcher Produktionsrichtung und Rechtsform. Der Deutsche Bauernverband versteht sich als Unternehmerverband, der die Anliegen seiner Mitglieder gegenüber der Politik vertritt und sie bei der Führung ihrer Unternehmen unterstützt. Über seine Büros in Bonn, Berlin und Brüssel ist er Ansprechpartner für politische Parteien, Verbände und Organisationen des öffentlichen Lebens auf nationaler und europäischer Ebene.